



Foto: dpa/jörg Schmitt

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

STANDPUNKT

Volk auflösen

Guido Speckmann über die Folgen des CETA-Gezerres

Warum eigentlich reagiert Kanada so zurückhaltend auf die Meldung, dass sich die belgische Föderalregierung doch noch unter dem massiven Druck der EU mit den widerspenstigen Wallonen auf ein Ja zu CETA hat einigen können? Die EU hat doch Erfahrung, wenn es darum geht, nicht gewünschte Ergebnisse von Volksbefragungen in gewünschte zu verwandeln. Nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung nannte man die Festschreibung neoliberaler Wirtschaftsprinzipien und die Verpflichtung zur Aufrüstung nicht mehr Verfassung, sondern Vertrag von Lissabon. Als die Iren diesen ablehnten, räumte man ihnen Sonderrechte ein. Bei der zweiten Abstimmung sagten sie dann Ja. Vom griechischen Oxi zeigte sich die EU als Teil der Troika unbeeindruckt. Mit den Austeritäts-Programmen geht es weiter ohne Erbarmen.

Und mit dem Nein der tapferen Wallonen sollte sie nicht fertig werden? Immerhin nicht rechtzeitig zur am Donnerstag geplanten feierlichen Unterzeichnung. Abgesehen davon, ob der gefundene Kompromiss die letzten formalen Hürden nimmt, wirft das Vorgehen der EU erneut Fragen auf: Betreibt sie mit der Ignoranz gegenüber demokratischen Willensbekundungen nicht das Geschäft der EU- und Politikverdrossenheit? Mit Brechtschem Sarkasmus sei vorgeschlagen: Möge die EU das Volk doch auflösen und sich ein anderes wählen. Dieses kann dann CETA zustimmen, dem ein von der EU beauftragtes Institut Wachstumseffekte in Höhe von 0,03 Prozent (!) nach sieben Jahren (!) voraussagt.

UNTEN LINKS

Die Bundesregierung warnt vor wachsender **Altersarmut**. Ihr Alterssicherungsbericht muss bedauerlicherweise von millionenfacher Altersnichtsicherung berichten, da sich das Rentenniveau senkt wie die Sonne abends am Himmel: so natürlich, so beharrlich, bloß noch etwas tiefer. Insbesondere Beschäftigte, die weniger als 1500 Euro brutto beziehen, wollen partout nicht einsehen, dass sie sich selbst anstrengen müssen, um für später ein paar Penunzen zusammenzubekommen. Drei Viertel von ihnen sind Frauen. Natürlich. Man kennt das: Flachbildschirm statt Bausparvertrag, Fummel statt Fonds, Ralph Lauren statt Walter Riester. Und jetzt haben sie also den Salat. Besser gesagt: bald. Dabei könnte alles so einfach sein. Hätten sie bloß auf Ronald Pofalla gehört, als der vor Jahren, als CDU-Generalsekretär, sagte: »Das beste Mittel gegen Altersarmut ist im Übrigen eine lange und gut entlohnte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.« rst

Kein Platz für Vielfalt

Übernutzung der Ressourcen lässt Tieren weltweit immer weniger Lebensraum



Foto: iStock/Saddako

Berlin. Die Menschheit lebt einem Bericht der Umweltstiftung WWF zufolge auf deutlich zu großem Fuß und gefährdet damit die eigene und die Lebensgrundlage der Tiere. Sie verbraucht pro Jahr nicht die Ressourcen einer Erde, sondern rechnerisch von 1,6 Erden, wie die Organisation in ihrem »Living Planet Report 2016« berichtet. Auf Dauer mit bitteren Folgen: Zum Beispiel gingen die Bestände bei mehr als 14 000 untersuchten Wirbeltierarten zwischen 1970 und 2012 im Schnitt um knapp 60 Prozent zurück. Am deutlichsten sind die Einbußen bei Arten, die in Süßwasser leben: mit im Schnitt rund 80 Prozent.

Bis 2020 drohe ein weiterer Rückgang. Vor allem, weil die Lebensräume immer weiter schwinden oder sich verschlechtern, heißt es im Report. Ein Grund ist der große Ressourcenbedarf. Obwohl sich zum Beispiel der Verlust an Waldflächen in den vergangenen 25 Jahren verlangsamt habe, sei seitdem dennoch eine Fläche von 239 Millionen Hektar an Naturwäldern vernichtet worden. Aber auch Umweltverschmutzung und Klimawandel tragen ihren Teil bei.

Nicht nur Korallenriffe sind bedroht, auch hierzulande steht die Natur unter großem Druck. Laut Report hat die Artenvielfalt in

Deutschland weiter abgenommen – knapp 30 Prozent von 32 000 Tier-, Pflanzen- und Pilzarten seien im Bestand gefährdet, 5,6 Prozent bereits ausgestorben. Hauptursache laut WWF: die intensive Landwirtschaft.

Die Umweltorganisation drängt daher auf einen »grundlegenden Wandel«. Im Fokus müssten eine Verringerung des Fleischkonsums sowie eine naturverträgliche Produktion im Inland liegen. Für den Nachweis umweltverträglicher Lieferketten müssten Regierung und Agrarwirtschaft ein Zertifizierungssystem einführen, so WWF-Vorstandsmitglied Christoph Heinrich. dpa/nd Seite 3

Belgien einigt sich zu CETA

Bis Freitag Mitternacht sollen die Regionalparlamente die Zusatzforderungen absegnen / EU bleibt vage

Die belgische Zentralregierung hat sich nun doch mit den rebellischen Regionen Wallonien und Brüssel über den europäisch-kanadischen Handelspakt CETA verständigt.

Von Kay Wagner, Brüssel

»Endlich weißer Rauch über Ceta«, twitterte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström am Donnerstag kurz nach Mittag in die Welt. Wenige Minuten zuvor hatte Belgiens Premierminister Charles Michel (Liberale) eine Einigung bei den innerbelgischen CETA-Verhandlungen verkündet. Eine Nachricht, die nicht nur bei Malmström Freude auslöste. Auch der kanadische Außenminister Stéphane Dion nannte die Nachricht »excellent«. Paul Magnette, der sozialistische Regierungschef Walloniens, der den Widerstand gegen CETA angeführt hatte, zeigte sich »sehr, sehr zufrieden«. Und in Brüssel schien plötzlich Hektik

auszubrechen. Denn wenn schon wenige Stunden zuvor der EU-Kanada-Gipfel hatte abgesagt werden müssen, auf dem CETA eigentlich unterzeichnet werden sollte, so gab es letztlich doch noch gute Nachrichten an diesem Tag für die Befürworter des Handelsabkommens: Die Blockade Belgiens war aufgehoben.

Die slowakische EU-Ratspräsidentschaft handelte sofort. Eilig wurde Coreper, das Gremium der ständigen EU-Botschafter der Mitgliedsländer, zu einer Sitzung einberufen. Sie müssen über das Ergebnis befinden, das die Belgier ausgehandelt haben. Ein Vertreter der EU-Kommission hatte mit am Verhandlungstisch der Belgier gesessen.

Auch innenpolitisch ging es in Belgien schnell. Schon am Nachmittag standen die Termine für die Sitzungen der Regional- und Sprachparlamente am Freitag fest. In Sondersitzungen sollen sie sich bis Freitag um Mitternacht zu dem

ausgehandelten Kompromiss äußern. »Abhängig davon, was die Parlamente entscheiden, werden wir in der Lage sein, CETA zu unterzeichnen«, erklärte Michel.

Das hörte sich noch vorsichtig an und muss als Zeichen gewertet werden, dass Michel dem Braten noch nicht traut. Doch am Donnerstag wies nichts darauf hin, dass die Zustimmung in den Parlamenten nicht erfolgen könnte.

Was die Einigung tatsächlich bedeutet, blieb hingegen offen. Einen offiziellen Text gab es zunächst nicht dazu. Vorab zirkulierten Entwürfe, die besonders den Schutz der Landwirtschaft und Korrekturen bei den geplanten Schiedsgerichten festschreiben. Unter anderem soll vom Europäischen Gerichtshof geklärt werden, ob die Schiedsgerichte überhaupt mit europäischem Recht vereinbar sein können.

Die Rechtsverbindlichkeit der belgischen Einigung für CETA ist unsicher. Noch während der Ver-

handlungen am Mittwoch hieß es aus EU-Kreisen, dass der CETA-Text nicht mehr geändert werde.

Bei der EU hielt man sich zum weiteren CETA-Fahrplan zunächst zurück. EU-Ratspräsident Donald Tusk twitterte, dass er den kanadischen Premierminister Justin Trudeau erst dann wieder kontaktieren werde, wenn alle EU-Prozeduren zur Unterzeichnung von CETA abgeschlossen seien.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

- Auswirkungen: Priština 17 Jahre nach dem Krieg
- Gemeinsamkeiten: Marx, Engels, Luther
- Erleuchtungen: Dynamo und Industrialisierung

Todesrekord im Mittelmeer

Mindestens 3800 Flüchtlinge starben 2016 auf dem Weg nach Europa

Genf. Im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen über das Mittelmeer ist 2016 schon jetzt ein trauriger Rekord erreicht worden: Wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mitteilte, starben seit Jahresbeginn mindestens 3800 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer. Das sei der bislang höchste Stand an Toten und Vermissten in einem Jahr. 2015 gab es demnach 3771 Tote. 2015 erreichten mehr als eine Million Menschen Europa über das Mittelmeer, dieses Jahr waren es weniger als 330 000. Dies hängt vor allem mit dem im März geschlossenen Abkommen zwischen Europäischer Union und Türkei zusammen. Darin verpflichtet sich Ankara, Flüchtlinge, die auf »irregulärem Weg« von ihrem Staatsgebiet nach Griechenland gelangen, wieder zurückzunehmen.

Die gefährlichste Überfahrt ist laut UNHCR die zwischen Libyen und Italien. Hier kommt im laufenden Jahr ein Toter auf 47 Ankömmlinge. Bei der Überfahrt von der Türkei nach Griechenland beträgt das Verhältnis demnach 1:88. Agenturen/nd

Schule zerbombt: 22 Kinder starben

Luftangriff in syrischer Provinz Idlib Russland möglicherweise beteiligt

New York. In einer Schule in Syrien sind 22 Kinder bei einem Bombenangriff aus der Luft getötet worden. Diese Zahl nannte der Generalsekretär des Kinderhilfswerks UNICEF, Anthony Lake, am Mittwoch (Ortszeit) in New York. Lake sprach von dem wohl schwersten Angriff auf eine Schule seit Beginn des Syrien-Kriegs. »Sollte der Angriff vorsätzlich ausgeführt worden sein, wäre er ein Kriegsverbrechen«, sagte er. Die Schule in der von Rebellen kontrollierten Provinz Idlib sei »wiederholt angegriffen worden«, beklagte Lake. »Es ist eine Tragödie, es ist eine Schande.« Der Vorfall müsse die internationale Gemeinschaft aufrütteln.

Der russische UN-Botschafter Vitali Tschurkin wollte in New York nicht ausschließen, dass die Luftwaffe seines Landes an den Angriffen beteiligt gewesen sein könnte. »Es wäre jetzt einfach für mich zu sagen: Nein«, erklärte Tschurkin. »Ich bin aber ein verantwortungsvoller Mensch. Ich muss nun erst einmal abwarten, was unser Verteidigungsminister dazu sagt.« Agenturen/nd

UFO streikt auch kommende Woche

Flugbegleiter legen Arbeit nieder Hunderte Flüge entfallen

Köln. Der Streik beim Billigflieger Eurowings hat am Donnerstag einen Großteil des Flugbetriebs der Lufthansa-Tochter lahmgelegt und 40 000 Passagiere getroffen. Laut der Airline fielen fast alle innerdeutschen Verbindungen aus. Auch im Europa-Verkehr gab es Behinderungen. Insgesamt wurden 393 von 551 Eurowings-Flügen vor allem in Düsseldorf, Köln/Bonn, Stuttgart, Hamburg und Berlin gestrichen. Die Kabinengewerkschaft UFO will so höhere Vergütungen erzwingen.

Fast alle betroffenen Kunden seien rechtzeitig informiert worden, sagte ein Eurowings-Sprecher. Nur etwa 1000 seien am Vormittag zu den Flughäfen gekommen, um auf andere Linien oder die Bahn umzubuchen.

An diesem Freitag sollte der Flugbetrieb regulär weitergehen. Kommende Woche müssen sich Kunden wieder auf Einschränkungen einstellen. UFO will an zwei Tagen zu Streiks aufrufen, sagte Vorstand Nicoley Baublies. Für Freitag ist zudem eine Verhandlungsrunde mit ver.di geplant, die ebenfalls Kabinenbeschäftigte bei Eurowings vertritt. dpa/nd

